ÖSTERREICHISCHE

Nummer 1 | Februar 2012 | 99. Jahrgang

Sparkassen Zeitung

ERSTE BANK SPARKASSE

www.sparkasse.at

IHS-Chef Bernhard Felderer
Sparprogramme dämpfen Wachstum. Das muss aber nicht immer so sein.
>> *Seite* 3

CEE-Engagement bekräftigt
Am Kapitalmarkttag bekannte sich Erste-Chef Treichl zum Engagement in Zentral- und Osteuropa
>> *Seite* 4

Othmar Karas im Interview
„Die Vielfalt der Bankenlandschaft trägt wesentlich zur Finanzmarktstabilität bei."
>> *Seite* 6

© Andi Bruckner

Thomas Uher: „Allein die Sparkassengruppe hat im Vorjahr rund 5 Mrd. Euro frische Kredite an Unternehmen vergeben."

Konkrete Vorschläge zur Finanzierung des KMU-Motors

Die Forderung ist täglich zu hören: Trotz Konsolidierung der Staatsfinanzen müssen die Wachstumschancen genutzt werden. Dazu braucht es ausreichende Fremdfinanzierung. Vor allem für die KMU, die Motoren der heimischen Konjunktur. Doch es drohen allenthalben Gefahren. Thomas Uher, Mitglied des Vorstands der Erste Bank Oesterreich, präsentiert konkrete Vorschläge – auch an die Adresse der Wirtschaftspolitik.

Sparkassenzeitung: Sie haben vor kurzem auf eine Entwicklung hingewiesen, die bisher wenig beachtet worden ist. Ausländische Banken ziehen sich aus dem Kreditgeschäft in Österreich zurück. Das schafft zusätzliche Finanzierungslücken für die heimischen Unternehmen.

Uher: Wir sehen in ersten Analysen, dass Basel III bereits Konsequenzen hat. Dramatischer und rascher, als wir es ursprünglich erwartet haben: Internationale Finanzinstitute haben begonnen, sich vom österreichischen Kreditmarkt zurückzuziehen. Ähnlich, wie wir es schon 2007 erlebt haben. Im ersten Halbjahr 2011 waren das immerhin 1,9 Mrd. Euro. Dieses Minus wurde durch konzerninterne Finanzierungen und teilweise durch Engagements österreichischer Banken kompensiert. Netto haben inländische Banken 1,1 Mrd. Euro mehr an Krediten vergeben als 2010. Der Rückzug der Ausländer wird sich nach Ansicht der Sparkassen verstärken: Auch die Auslandsbanken müssen die Eigenkapitalquote auf 9 Prozent erhöhen, um den Anforderungen der EBA bis Jahresmitte zu entsprechen. Wir rechnen für heuer mit einer Kreditlücke von 3 bis 4 Mrd. Euro, die internationale Banken in Österreich hinterlassen werden.

Der Begriff Kreditklemme geistert wieder durch die wirtschaftspolitische Diskussion, zumal die Regulatoren die Finanzierungskraft der Banken derzeit wohl als zweitrangig betrachten.

Zur Klarstellung: Im Vorjahr gab es keine Kreditklemme. Wohl auch deswegen, weil die Nachfrage auf tiefem Niveau geblieben ist. Die Unternehmenskredite sind 2011 nur um 2,4 Prozent insgesamt gewachsen. Allein die Sparkassengruppe hat rund 5 Mrd. Euro frische Kredite an Unternehmen vergeben. Wir halten jetzt bei rund 24 Mrd. Euro bei einem Gesamtmarkt von 138 Mrd. Euro. Wie im Frühjahr 2011 angekündigt – sind wir mehr als doppelt so stark wie der gesamte Kreditmarkt gewachsen, nämlich um rund 5 Prozent. Wir haben an Marktanteil gewonnen. Derzeit halten wir knapp 17 Prozent auf dem Firmenkundenkreditmarkt, im Jahr 2007 waren es 14 Prozent. Ich bin gemeinsam mit Peter Bosek angetreten, um die Erste Bank Oesterreich im Firmenkundengeschäft voranzubringen, und das werden wir auch in stürmischen Zeiten tun. Unser Kerngeschäft sind die Vergabe von Krediten und die Übernahme von Risken. Unser Ge-

Meine Meinung

Wir dürfen den Bogen jetzt nicht überspannen!

Auch die zweite Runde der kollektivvertraglichen Gehaltsverhandlungen für die Mitarbeiter der Kreditwirtschaft ist ohne Ergebnis geblieben. Denn die Arbeitnehmervertreter beharrten auf ihrer Forderung nach Erhöhung der Gehälter um 4,9 Prozent. Mit Verlaub: Das ist in der gegenwärtigen Situation völlig überzogen und daher unannehmbar.

Die österreichischen Sparkassen stehen unter heftigem Ertragsdruck, und die Rahmenbedingungen werden diesbezüglich in absehbarer Zeit nicht besser. Im Gegenteil: Die anhaltende Finanzkrise hinterlässt bereits Spuren in den Jahresabschlüssen vieler Sparkassen für das Jahr 2011. Das operative Ergebnis im laufenden Geschäftsjahr wird aus heutiger Sicht weiter zurückgehen. Dazu gesellen sich fiskalische und bilanzielle Anforderungen, die offenbar noch immer unterschätzt werden. Die österreichische Sparkassengruppe muss allein im Jahr 2012 aus Gründen verschärfter Eigenmittelanforderungen und zusätzlicher Steuerbelastungen rund 1,1 Mrd. Euro aufbringen. Das gilt es zu berücksichtigen, zumal die konjunkturellen Aussichten für die österreichische Wirtschaft nicht sehr rosig sind und für die Eurozone insgesamt eine rezessive Entwicklung nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Das kann negative Konsequenzen für unsere Kunden und naturgemäß höhere Risikokosten für die einzelnen Institute zur Folge haben.

Selbstverständlich ist den Verantwortlichen in der Sparkassengruppe voll bewusst, welche Bedeutung unsere Mitarbeiter und deren Professionalität als wichtige Stütze in derart unruhigen Zeiten für jede einzelne Sparkasse haben. Umso wichtiger ist es, im Zuge der aktuellen Kollektivvertragsverhandlungen zu verantwortungsvollen Lösungen zu kommen. Es gilt also die Motivation der Mitarbeiter zu erhalten, gleichzeitig jedoch dem Konjunkturverlauf und dem verschärften Ertragsdruck mit Augenmaß Rechnung zu tragen.

Erfreulicherweise wird sich die Inflation im heurigen Jahr spürbar abschwächen. Das heißt, auch mit einem moderateren Abschluss ist eine reale Erhöhung der Schemagehälter zu erreichen. Darüberhinaus wäre die Zurückhaltung gerade jetzt ein Beitrag zur unbedingt notwendigen Stärkung unserer wirtschaftlichen Basis. Diese wiederum ist unverzichtbar, um – wie schon im Jahre 2009 – als Sparkassengruppe die Finanzkrise möglichst unbeschadet zu überwinden. Die Sicherheit der Arbeitsplätze steht ebenso auf dem Spiel wie unsere Wettbewerbsfähigkeit in einem wahrlich schwierigen Umfeld.
Jetzt darf man den Bogen wirklich nicht überspannen!

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

Postentgelt bar bezahlt. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 1030 Zig. Nr. GZ 02 Z 031269 M

SPARKASSEN NEWS

Neukunden-Rekord bei den Sparkassen

Die Sparkassengruppe konnte im Jahr 2011 die Zahl der Kunden um netto 76.000 steigern. Damit ist es gelungen, das von den Gremien gemeinsam vereinbarte Ziel von 70.000 Neukunden deutlich zu übertreffen. Auf die Erste Bank Oesterreich entfallen von dieser Marktoffensive fast 34.000 Neukunden, alle anderen Sparkassen in Österreich konnten ihren Kundenbestand um mehr als 42.000 aufstocken. Dieses Ergebnis ist umso respektabler, als es unter teilweise schwierigen Marktbedingungen in den Regionen erzielt werden konnte.

Die Bastelrunde Ebensee zählte ebenfalls zu den Preisträgern. Landeshauptmann Josef Pühringer, Generaldirektor Markus Limberger und Krone-OÖ-Chefredakteur Klaus Herrmann gratulierten.

15 Jahre „Helfen beim Helfen“

Die Aktion „Helfen beim Helfen“ – initiiert von der Sparkasse Oberösterreich in bewährter Zusammenarbeit mit Medienpartner Kronenzeitung, Land OÖ und Rotem Kreuz – feierte das 15-jährige Bestehen und zeichnete bei der Jubiläumsgala zahlreiche engagierte Helfer für ihre Dienste an den Mitmenschen aus. Der goldene Jubiläumspreis ging an die ARGE Obdachlose in Linz für ihre erfolgreiche Straßenzeitung „Kupfermuckn“, die es seit dem Jahr 1996 gibt.

Hilfe für Kinderhospiz

Die S IMMO AG verlängerte kürzlich ihre Kooperationen im Sozialbereich. Neben mehreren Projekten in Zentral- und Osteuropa fördert das Unternehmen nun erstmals das Kinderhospiz Sonnenmond in Kärnten.

Die Vorstandsmitglieder Christian Hager und Günther Graf, Bezirkshauptmann-Stellvertreterin Daniela Oblser, Brigadier Anton Wessely, Pater Clemens M. Reischl, Bürgermeister Armin Sonnauer, VDir. Hansjörg Henneis und der Künstler Fritz Gall

Tor zur Geschichte

Legionärshelm, Heiliger Severin und Wachauer Goldhaube – diese drei Symbole bilden die „Porta Historiae“, das „Tor zu Geschichte“ der Stadt Mautern. Das Kunstwerk wurde von Fritz Gall geschaffen und von der Kremser Bank errichtet. Die feierliche Übergabe fand im Jänner statt und war auch Auftaktveranstaltung für das Jahr 2012, in dem die Sparkasse Mautern ihr 125-jähriges Bestehen feiert.

schäftszweck ist es, den Unternehmen, der Wirtschaft Liquidität zur Verfügung zu stellen. Das wollen und werden wir auch tun.

Dennoch könnte es in Zeiten des Aufschwungs und der vermehrten Kreditnachfrage eng werden, und es sind innovative Überlegungen notwenig: Bei einem Wirtschaftswachstum von nominell 3 Prozent im laufenden Jahr braucht die österreichische Wirtschaft eine frische Außenfinanzierung (Geldmarktpapiere, Anleihen, Bankkredite und Aktien) von etwa 6 Mrd. Euro. Im Vorjahr waren es 8 Mrd. Euro. Über Geld-, Anleihemarkt und Aktienmarkt werden nach unserer Einschätzung 2012 etwa 1,5 Mrd. Euro aufzubringen sein. Für in- und ausländische Banken verbleiben daher 4,5 Mrd. Euro, die es im Firmendkreditgeschäft zu finanzieren gilt. Rechnet man den Rückzug der Auslandsbanken hinzu, so müssten die heimischen Banken 7 bis 8 Mrd. Euro an Krediten bereitstellen. Ich glaube, dass sich das aus heutiger Sicht nicht ausgehen wird. Der Aktienmarkt ist derzeit zum Erliegen gekommen. Immerhin haben sich österreichische Unternehmen im Vorjahr 2,2 Mrd. Euro über Anleihen geholt. Aber KMU haben eben keinen Zugang zum Anleihenmarkt.

Was sind also die Alternativen?
Es sind vier Vorschläge, die wir zur dringlichen Diskussion vorlegen, um die konjunkturelle Motorleistung der KMU sicherzustellen. Erstens wünschen sich die Sparkassen vom Finanzministerium eine gesetzliche Initiative, die es in Zukunft ermöglicht, kapitalmarktfähige Produkte zur Unterstützung von KMU auf den Markt zu bringen. Das könnte ein Unternehmenspfandbrief sein. Das funktioniert dann so: Man nimmt statt hypothekarische oder kommunale Forderungen KMU-Forderungen zur Absicherung. Die Idee dahinter ist für das emittierende Institut eine günstigere Refinanzierung. Für das zeichnende Institut bringt das Liquidität, denn dieses kann die Pfandbriefe für zukünftige regulatorische Anforderungen als liquide Mittel anrechnen.

Derzeit wird es für expansive Unternehmen aus dem Bereich der KMU schwieriger, Kredite zu bekommen.
Deshalb unser zweiter Vorschlag: Mezzaninkapital. In der Phase der Hochkonjunktur und hochliquider Kreditmärkte haben sich Unternehmer mehrheitlich über Fremdkapital finanziert. Die Krise hat die Prioritäten aber neu geordnet. Wie Banken, so brauchen auch Unternehmen mehr Eigenkapital, um ihr Fundament zu verstärken und damit die Bonität zu verbessern. Mezzaninkapital ist da ein gutes Mittel, da es für das Unternehmen kreditwirtschaftlich Eigenkapital darstellt. Es verbessert somit das Rating bzw. schont die Kreditlinien. Weil sich die Bank am Gewinn und am Risiko des Unternehmens beteiligt, kann sie auf Sicherheiten verzichten.

Thomas Uher: „Wir haben vier Vorschläge zur dringlichen Diskussion vorgelegt, um die konjukturelle Motorleistung der KMU sicherzustellen.“

> „Dramatische Konsequenzen von Basel III.“
>
> ***Thomas Uher***
> Vorstandsmitglied der Erste Bank Oesterreich

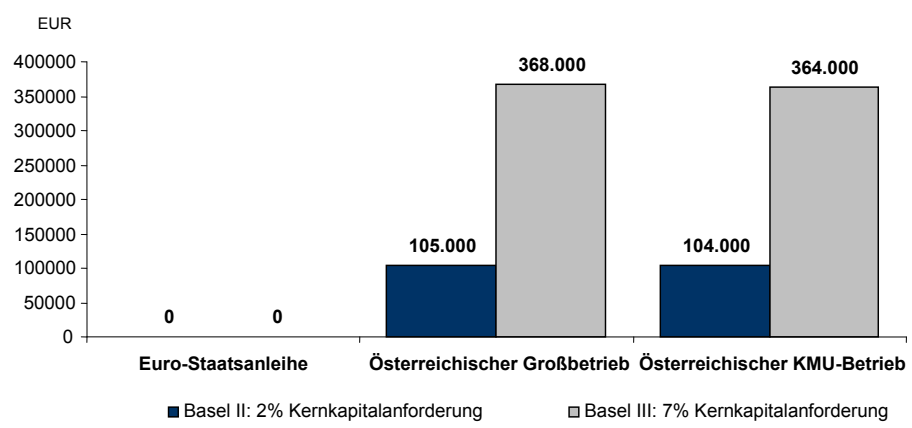
Das Mezzaninkapital ist vor allem für jene Unternehmen interessant, die einen Jahresumsatz von mindestens 3 Mio. Euro haben und weiter expandieren wollen. Die Finanzierungshöhe beträgt mindestens 200.000 und maximal 2 Mio. Euro. Das Kapital wird für 5 bis 10 Jahre zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus möchten wir als dritten Vorschlag eine Renaissance des ULSG, also des Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetzes. Wir wollen gemeinsam mit der Kontrollbank an einem ULSG II arbeiten. Die angespannte Lage auf dem Finanzmarkt führt selbst bei gesunden österreichischen Großunternehmen manchmal zu unerwarteter Kapitalknappheit. Für Investitionen und Wachstum brauchen diese jedoch Liquidität. Die Kontrollbank könnte so wie schon 2008 als Haftungsträger fungieren. Dazu bedarf es allerdings politischer Entscheidungen.

Der vierte Vorschlag betrifft das Regelwerk Basel III. Dort sieht man derzeit die KMU als starken Risikofaktor. Dieser Regulierungsfehler muss ausgemerzt werden. Ein illustratives Beispiel dazu: Müssen Banken einen Fünf-Millionen-Investitionskredit an ein österreichisches KMU mit durchschnittlicher Bonität gegenwärtig mit rund 100.000 Euro Eigenkapital unterlegen, so wird es mit dem neuen Regelwerk Basel III mehr als dreimal so viel sein. Denn die Kernkapitalunterlegungspflicht wird mit Basel III für Kundenkredite von 2 auf 7 Prozent steigen. Das wäre der sicherste Weg die Konjunkturträger in Österreich regulativ abzuwürgen, und somit blanker Unsinn.

Das Interview führte Milan Frühbauer

Kernkapitalanforderungen im Vergleich



„Wenn wir mit 35 Prozent gestartet wären …“

Die Lage ist ernst: Österreich braucht Budgetkonsolidierung, und das Sparprogramm nimmt konkrete Konturen an. Doch die wirksamste Budgeterholung bringt Wirtschaftswachstum. Da sind die Prognosen jedoch sehr verhalten. Professor Bernhard Felderer, Chef des Instituts für Höhere Studien und Vorsitzender des Staatsschuldenausschusses, erläutert im folgenden Interview auch diesen Zielkonflikt.

Sparkassenzeitung: Das IHS hat zu Jahreswechsel das Wirtschaftswachstum für 2012 mit bescheidenen 0,8 Prozent prognostiziert. Eine Ratingagentur hat mittlerweile das Triple A aberkannt, und ein einnahmenseitiges wie ausgabenseitiges Sparprogramm wird demnächst das parlamentarische Licht der Welt erblicken. Das wird das Wachstum dämpfen. Ein unlösbarer Konflikt?
Felderer: Wenn wir bei Eintritt in diese Krise vor etwa vier Jahren mit einer Staatsschuldenquote von 35 Prozent oder 40 Prozent gestartet wären, dann wären wir jetzt bei 50 Prozent und hätten überhaupt keine Kapitalmarktprobleme. Kein Mensch würde über das Triple A reden. Aber wir waren fahrlässig, und das über mehrere Jahrzehnte. Wir haben den Bürgern erzählt, Staatsschulden seien kein Problem, der Staat könne ja gar nicht pleitegehen. Jetzt droht die Refinanzierung der öffentlichen Hand und auch der Banken teurer zu werden. Wir haben in den drei Krisenjahren nur – das „nur“ setze ich unter Anführungszeichen – 12 Prozentpunkte bei der Staatsschuld zugelegt. Das ist relativ wenig. In den meisten Ländern war es mehr – das geht bis zu 30 Prozent. Doch jetzt stehen wir wachstumspolitisch vor einem Problem: Kleine Volkswirtschaften wie die österreichische können die Konjunktur nicht autonom machen, wir sind auf die Exporte angewiesen.

Sind die westlichen Industriestaaten, die ja durch die Bank Konsolidierungsbedarf haben, jetzt in der konjunkturellen Sparfalle?
Man muss die Nachfragewirkungen auch im Einklang mit den Preiseffekten sehen. Wenn man konsolidiert, dann gehen Teile der Nachfrage des Staates zurück. Das ist gleichsam der keynesianische Teil des Problems. Wir wissen aber auch, dass davon Investitionsquote und private Nachfrage beeinflusst werden. Nun gibt es historisch durchaus die Erfahrung, das die Investitionen und der Konsum sich so vorteilhaft verändert haben, dass der Spareffekt der Gebietskörperschaften kompensiert werden konnte. Das ist allerdings der seltenere Fall. Bei großer Streuung der Maßnahmen darf man davon ausgehen, dass ein Prozentpunkt an Konsolidierung etwa 0,4 Prozentpunkte des BIP an Wachstum kostet. Das ist der Erwartungswert.

Das Sparpaket wird zum Wachstumsdämpfer?
Ja, bis zu einem gewissen Grad müssen wir damit rechnen. Den prognostizierten 0,8 Prozent liegt eine Konsolidierung von 2 Mrd. Euro zugrunde. Wird es mehr, dann wirkt sich das auf das Wachstum aus. Wesentlich schädlicher für die Konjunktur ist es jedoch, überwiegend einnahmenseitig zu konsolidieren. Mit erhöhten Unternehmenssteuern haut man die Konjunktur zusammen. Alles, was mit dem Unternehmenssektor oder der Vermögensbesteuerung zu tun hat, greift genau jene Gruppe an, von der man jetzt erwartet, das sie Wachstumsimpulse setzt.

Bernhard Felderer: „Das Steuersystem sollte langfristig berechenbar sein.“

> „Wir waren jahrzehntelang budgetpolitisch fahrlässig.“
>
> *Bernhard Felderer*

Wie stehen Sie grundsätzlich zum Drehen an der Steuerschraube?
In wirklich jedem Lehrbuch über das Steuerwesen steht in der Einleitung immer ein Satz: Das Steuersystem sollte langfristig berechenbar sein, Änderungen sollten ruhig und mit entsprechenden Fristen erfolgen. Wir in Österreich hingegen ändern kurzfristig, nach Möglichkeit jedes Jahr, und verschlechtern somit die von allen geforderte Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit des Steuersystems, das Kontinuität signalisieren sollte. Ich nenne da etwa die Stiftungsbesteuerung, wo teilweise dramatische Änderungen erfolgt sind. Diese Art der Unsicherheit ist Gift für die Investitionen und für Investoren, die wir ja dringend brauchen. Die sollen sich langfristig in Österreich engagieren und nicht gleich bei jeder Konjunkturschwankung ihre Zelte wieder abbrechen.

Wird also überwiegend auf der Einnahmenseite konsolidiert, dann sind die Prognosen wohl obsolet?
Ja, die sind dann Makulatur, weil Leistungsträger und Investoren verschreckt würden. Sie sehen, was derzeit in Griechenland passiert, wo man die Körperschaftssteuer fast verdoppelt hat. Das Kapital strömt aus dem Lande. Wir müssen aus solchen Fehlern lernen: Schon jetzt fallen wir in den internationalen Standortrankings deutlich zurück.

Die EU fordert zur Jahresmitte 9 Prozent Eigenkapital, Basel II steht vor der Tür, und die Aufsicht in Österreich hat strengere Unterlegungen für Kredite im CEE-Raum beschlossen.
Es ist ein bisschen viel auf einmal. Die Richtung jedoch in Richtung mehr Eigenmittel stimmt. Wir beobachten das – ebenso wie die Nationalbank – sehr genau, denn es ist unser aller Anliegen, dass es nicht zu einer Kreditklemme für die Unternehmensfinanzierung kommt.
Was die 9 Prozent Tier-1-Quote betrifft, so trifft das ja nur die systemisch relevanten Banken, und die sind der Meinung, dass sie es schaffen werden. Unsere Banken sind also jedenfalls besser aufgestellt, als so manche im Ausland glauben machen wollen. Grundsätzlich sehe ich die Sache positiv: Allenthalben ist seit Monaten Vertrauensverlust festzustellen. Deshalb ist es auch für die Kreditwirtschaft wichtig, höhere Eigenkapitalquoten darzustellen. Das bringt Vertrauen zurück und erleichtert die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit von Kapitalmärkten ohne die in den vergangenen Monaten verzeichneten gegenseitigen Misstrauensbekundungen.

Das Interview führte
Milan Frühbauer

EINBLICK

Milan Frühbauer

„Auf halben Wegen, zauderhaft zu streben“

Wäre Österreich mit einer Staatsschuldenquote von 35 Prozent – also etwa auf dem Niveau Schwedens – in die Finanzkrise des Jahres 2009 gegangen, wir lägen jetzt bei 42 Prozent, und keine Ratingagentur würde uns sonderlich Aufmerksamkeit schenken. Das meinte der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses, Professor Bernhard Felderer, in einem Interview zu Jahreswechsel.

Hätte Österreich – etwa wie die Schweiz – um drei Jahrzehnte früher mit dem Ausbau der zweiten Säule der Eigenvorsorge für das Alter begonnen, die Pensionskassen hätten mittlerweile eine Schwankungsrückstellung angesammelt, die uns die Finanzkrise ohne dramatischen Einbruch in der Performance hätte überstehen lassen. Das gab vor kurzem ein Experte der betrieblichen Pensionsvorsorge bei einer Diskussionsveranstaltung zu Protokoll.

Wäre der Umbau des Gesundheitswesens, das in Organisationsstruktur und Finanzierung wohl zu den kompliziertesten Gebilden institutioneller Art im Lande zählt, früher erfolgt, so könnte man bereits jetzt Einsparungspotentiale lukrieren. So waren die jüngsten Äußerungen des Gesundheitsministers Stöger wohl zu interpretieren, der meinte, ein Reformprojekt, mit dem man jetzt beginnen würde, könnte frühestens in zwei Jahren ausgabenseitige Dämpfungseffekte bringen.

Hätte dieses Land auf den Rat vieler Fachleute – etwa jenen von Professor Marin – gehört und die sogenannte Hackler-Regelung schon Ende der vergangenen Legislaturperiode auslaufen lassen, so wären dem Staatshaushalt Milliarden aus dem Titel Bundeszuschuss zu den Pensionsversicherungen erspart geblieben. Die Koalition täte sich jetzt bei den Konsolidierungsbemühungen spürbar leichter.

Der retrospektive Konjunktiv ist die eigentliche Malaise dieses an sich noch immer recht erfolgreichen Landes. Nicht auszudenken, wie die budgetäre, sozialpolitische und konjunkturelle Situation dieses Landes zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre, würden Reformen dann realisiert, wenn sie als notwendig erkannt werden, und nicht immer erst dann, wenn im wahrsten Sinne des Wortes der Hut bereits brennt.

Die viel zu späte Erkenntnis des Unvermeidlichen ist keineswegs ein Phänomen, das nur in Österreich anzutreffen wäre. Die gegenwärtigen Turbulenzen in den Staatshaushalten vieler Euroländer im Süden Europas zeigen uns, dass wir uns da durchaus in „guter“ Gesellschaft befinden. Aber die Konsequenz etwa der Skandinavier, die auf Frühwarnsysteme rascher reagieren, würde uns noch besser tun.

Es wird anhand des Ringens um ein Sparpaket evident: Mit Strukturreformen erst jetzt zu beginnen heißt, fiskalische Effekte erst in den kommenden Jahren nutzen zu können.

Doch die öffentliche Hand muss die Nettoneuverschuldung jetzt zurückdrehen. Bleibt also die Einnahmenseite? Nicht wirklich, denn in einem Lande, in dem sich die Steuer- und Abgabenquote der 50-Prozent-Marke mit Riesenschritten nähert, ist der Spielraum gering. Außer, man riskiert die Standortqualität für Investoren, den Steuerwohnsitz der Leistungsträger und fordert die Steuerumgehungsphantasie breitester Bevölkerungskreise heraus.

„Auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben“ ist ein Teil des Problems im Hause Österreich. Grillparzer ist aktueller denn je.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Filialen in Südtirol verkauft

Der Verkauf der lokalen Filialen der Kärntner Sparkasse in Italien an die Südtiroler Sparkasse ist erfolgreich über die Bühne gegangen. Ende 2011 wurde die Transaktion mit der Unterzeichnung des Vertrags zwischen Kärntner Sparkasse und Südtiroler Sparkasse in Bozen erfolgreich abgeschlossen. Die Kärntner Sparkasse wird sich in Zukunft noch mehr auf die Märkte in Kärnten und Slowenien konzentrieren.

Landesschulrat Bernd Steiner, Landesschulinspektor Robert Hinteregger, Direktorin Eva Ponsold und Vorstandsvorsitzender Gerhard Fabisch mit Schülern des Wirtschaftskundlichen BRG in Graz

Bargeldloses Zahlen an Schulen

Mit der Initiative „mit der edu.card an Schulen bargeldlos zahlen" unterstützt die Steiermärkische Sparkasse Schulen, die sich zu einer modernen Zahlungsform im Schulalltag entschließen. Neben der Funktion als elektronischer Schülerausweis kann die edu.card auch Zahlungsfunktion erfüllen. Durch die Integration eines standardisierten Chips, über den auch alle Bankomatkarten verfügen, ist die Verwendung als elektronische Geldbörse möglich. Somit können Schüler alle anfallenden Schulrechnungen und Beiträge, etwa die Beiträge für Schikurse, Schulbücher, den Wandertag oder Kopierkosten, einfach und sicher bezahlen.

Direkt in die Tiroler Wirtschaft investieren

Mit der neuen Tiroler Sparkassen Anleihe können Anleger direkt in Tiroler Unternehmen investieren. „Dies ist aktuell die einzige Anleihe einer Emissionsgemeinschaft in ganz Österreich. Die acht Tiroler Sparkassen stellen damit ihren Zusammenhalt zum Wohl der Kunden unter Beweis", sagt Harald Wanke, Obmann des Sparkassen-Landesverbandes Tirol und Vorarlberg.

Jugendkoordinator Wolfgang Matzl, Bürgermeister Matthias Stadler, iPad-Gewinner Alexander Kolmann, citySUPACard-Besitzerin Hannah Rovetti und VDir. Otto Korten

Partner für Jugendkarte

Die Sparkasse Niederösterreich Mitte West AG ist Partner der Stadt St. Pölten für die neuen Jugendkarte. „Die citySUPAcard ist nicht nur eine Karte für Ermäßigungen, sondern soll sich auch und vor allem als Kommunikationsmittel mit der Zielgruppe der 14- bis 24-Jährigen etablieren", sagt Matthias Weiländer, Geschäftsführer der Marketing St. Pölten GmbH. „Die Sparkasse NÖ Mitte West verfügt über jahrelange Erfahrungen auf dem Jugendsektor und unterstützt die Entwicklung der citySUPAcard dankenswerterweise mit diesem Wissen."

Erste Group bekräftigt das CEE-Engagement

Beim jüngsten Kapitalmarkttag bekräftigte die Erste Group Bank AG als einer der führenden Finanzdienstleister in Österreich und der Region Zentral- und Osteuropa ihr Engagement in dieser Region. Es gab auch ein Bekenntnis zum weiteren Interesse an Ungarn.

Andreas Treichl: „Kostenstrukturen werden angepasst".

Wir sind ein wesentlicher Teil der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Wir sehen es daher als unsere Verantwortung an, gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Menschen, Unternehmen und Staaten unser Kapital, unsere Liquidität und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Wir werden die dafür notwendigen Mittel aus unserem internationalen Geschäft und anderen, nicht als Kerngeschäft definierten Geschäftsfeldern umschichten", erklärte Andreas Treichl, Generaldirektor der Erste Group Bank AG, beim 8. Kapitalmarkttag der Gruppe.

„Redimensionierung in Ungarn ist notwendig"

In diesem Zusammenhang bekräftigte er, dass es zu keinem Rückzug aus einem der CEE-Märkte der Erste Group kommen werde: „Auch wenn es in manchen Ländern zu unorthodoxen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gekommen ist und manche Länder für wachstumsfördernde Maßnahmen mehr Zeit benötigen, werden wir dieser Region treu bleiben. Mit ihren knapp 17 Millionen Retail- und Geschäftskunden ist die Erste Group in jenen Ländern vertreten, die aus unserer Sicht die besten Wachstumschancen bieten werden und entweder Mitglieder der Europäischen Union sind oder Chancen haben, dies zu werden." Natürlich werde man die Kostenstruktur an die realwirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Dies treffe vor allem auf Ungarn zu, wo es zu einer Restrukturierung und Redimensionierung kommen werde (Integration von Tochtergesellschaften in die Bank, Verkleinerung des Filialnetzes um 43 Filialen und eine Senkung des Mitarbeiterstandes um 400 bis 450). „Wir bleiben aber auch in Ungarn weiterhin ein Partner der Wirtschaft und sehen es als eine unserer Kernaufgaben an, der Wirtschaft Kredite zur Verfügung zu stellen", ergänzte Treichl.

Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird die Erste Group besondere Anstrengungen unternehmen und sicherstellen, dass die Kosten im Jahr 2012 unter dem Niveau des Jahres 2011 liegen werden.

Aktien gewinnen langsam wieder an Attraktivität

Neben der noch überwiegend negativen Stimmung sowie Risikoaversion auf den Finanzmärkten verharren auch Risikoprämien für Aktien weiterhin auf hohem Niveau. Damit bleiben die Analysten der Erste Group für die Aktienmärkte 2012 vorsichtig optimistisch, bewerten aber CEE-Aktien attraktiver als Titel aus der Eurozone.

Insgesamt erwarten wir nicht, dass die Erholung der Aktienmärkte ähnlich stark verlaufen wird wie 2009. Der Aufschwung wird ruhiger einsetzen, wobei sich die langsame Stimmungsaufhellung in der Entwicklung der Aktienkurse niederschlagen sollte. Es würde uns freuen, wenn erste Anzeichen eines solchen Trends bereits im ersten Quartal 2012 zu erkennen wären. Dennoch wären wir nicht überrascht, wenn der Prozess ein wenig länger dauern würde", betont Henning Eßkuchen, Co-Head CEE Equity Research.

Die Analysten der Erste Group rechnen 2012 mit einem deutlichen Einbruch des BIP-Wachstums und prognostizieren für Ungarn und Kroatien auch 2012 wieder eine negative BIP-Entwicklung. „Wir erwarten, dass die Staatsschuldenkrise zumindest im vierten Quartal 2011 sowie im ersten Quartal 2012 eine technische Rezession in der Region oder zumindest für einzelne Länder bewirken wird. Daher ist unser Ausblick für die Erholung des Aktienmarktes an dieses Szenario gekoppelt, das einen positiven Ausblick für die Wirtschaftsentwicklung 2012 zulässt", so Eßkuchen.

CEE-Aktien attraktiver als Eurozone

Der ZEW-Erste-Stimmungsindikator 1 unterstützt diese Einschätzung zu einem gewissen Grad, da die meisten Investoren nicht nur die Anlageklasse Aktien günstiger bewerten als 2011, sondern auch CEE-Aktien attraktiver als Titel der Eurozone einstufen.

„In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollte man sich auf Unternehmen konzentrieren, die immer noch in der Lage sind, hohe Profite zu erzielen, gleichzeitig aber auch stabile Finanzdaten vorweisen können. Dies trifft auf alle unsere österreichischen Topempfehlungen zu. Eine attraktive Dividendenrendite ist ebenfalls ein wesentlicher Faktor bei der Anlageentscheidung," meint Eßkuchen.

Positiv zu bewerten ist, dass beinahe alle Sektoren bereits bessere Gewinnrevisionsraten vorweisen. Die Furcht vor einer Rezession – oder zumindest vor niedrigeren Wachstumsraten – wirkt sich auf Grundstoffe dämpfend aus. Die Analysten bewerten Versicherungen und Telekomunternehmen als interessant, da sich diese auch 2012 gut schlagen sollten. Die Analysten rechnen 2012 damit, dass die Haus- und Autoverkäufe deutlich zurückgehen werden, während die Nachfrage nach Haushaltsgeräten 2012 entsprechend dem BIP-Wachstum zulegen sollte. *-üh-*

Appetit auf Risiko

Wer dieser Tage auf der Suche nach der besten Anlageform ist, sieht sich mit einigen Unsicherheitsfaktoren konfrontiert – darunter Sparprogramme, Steuererhöhungen und Herabstufungen durch Rating-Agenturen.

Diese Situation führt zu erhöhter Volatilität auf den Kapitalmärkten, bietet aber so manchem Anleger auch attraktive Einstiegsmöglichkeiten. So sieht die ERSTE-SPARINVEST ermutigende Zeichen für eine Trendwende beim Risikoappetit der Investoren. Vorstandsvorsitzender Heinz Bednar: „Die niedrigen Zinsen auf dem Geldmarkt und bei Staatsanleihen mit erstklassigen Bonitäten lassen die Investoren nach attraktiven Anlagemöglichkeiten Ausschau halten."

Leichter Aufwärtstrend

Während 2011 als Folge der Euro-Staatsschuldenkrise oder des Erdbebens in Japan ein sehr schwieriges Umfeld herrschte, geht es seit Beginn des Jahres wieder bergauf. Das Fondsvolumen der Sparinvest stieg in den ersten Wochen auf rund 24,5 Mrd. Euro. Im Vorjahr musste sich die Tochter der Erste Bank noch mit einem Minus von 13 Prozent zufriedengeben – das entspricht einem Fondsvolumen von 23,6 Mrd. Euro. Damit teilte sie das Schicksal der gesamten heimischen Fondsbranche, deren Volumen um 7,34 Prozent bzw. 10,6 Mrd. Euro auf 134,6 Mrd. Euro sank.

Wirtschaftswachstum sinkt

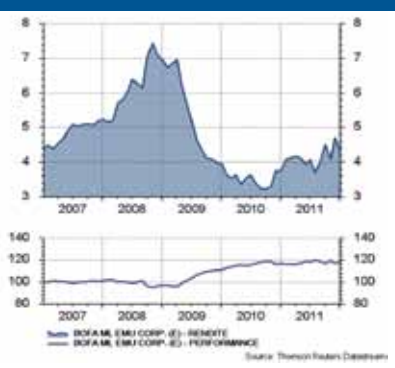
„Wir müssen uns für 2012 auf ein unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum (1 Prozent) gefasst machen", ist SPARINVEST-Chefvolkswirt Gerhard Winzer überzeugt und sieht die Eurozone gegenüber den USA benachteiligt, die ihren moderaten Wachstumspfad werden halten können. Noch kräftiger werden die Emerging Markets zulegen (4,8 Prozent), die sich jedoch im Vergleich zu den vergangenen Jahren heuer ebenfalls auf einen Rückgang beim Wachstum einstellen werden müssen. Das zugrunde liegende Problem für diese Entwicklung sei laut Winzer, dass die Staatsschulden stärker wachsen als die Wirtschaft: „Damit stellen der Vertrauensverlust hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Staatsschuldenentwicklung sowie die Liquiditätsbremse im Bankensektor dämpfende Faktoren für die Erholung der Weltwirtschaft dar", betont der Volkswirt.

Privat statt Staat

Die Schuldenproblematik in den entwickelten Volkswirtschaften führt derzeit zu einer hohen Nachfrage nach kreditsicheren Staatsanleihen, obwohl sich die Renditen auf historischen Tiefständen befinden und kaum noch Erträge liefern. Das wird aber 2012 nicht so bleiben, ist Harald Egger, Bereichsleiter der Investment-Division in der SPARINVEST, überzeugt: „Der Druck auf die Investoren, ihre Anlageziele zu erreichen, wird immer größer.

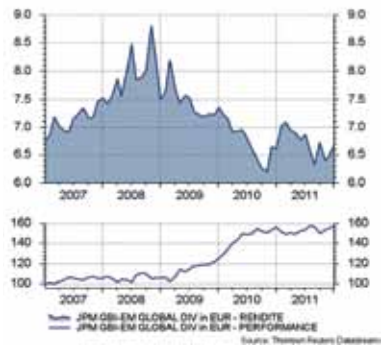
Als interessante Investements sehen die Sparinvest-Experten daher vor allem US-Aktien und -Unternehmensanleihen sowie Staats- und Unternehmensanleihen aus Emerging Markets. Diese befinden sich nämlich ungeachtet der Probleme in Europa und in den USA auf einem langfristigen Wachstumspfad und profitieren von der weiteren Verbesserung ihrer Kreditwürdigkeit. Als besonders aussichtsreich werden Aktien aus Russland und Brasilien angesehen. Auf Branchenebene favorisiert die ERSTE-SPARINVEST Rohstoff-, Energie- und Gesundheitswerte. Auch der IT-Sektor und Konsumwerte könnten 2012 ein Comeback feiern.

Euro-Unternehmensanleihen IG



Renditeniveau und Performance (-5 Jahre)

Emerging Markets Anleihen



Lokalwährungen: Renditeniveau und Performance (-5 Jahre)

Saubere Fonds

Eine Neuerung bei den Veranlagungsregeln gab Heinz Bednar bekannt: Die ERSTE-SPARINVEST investiert seit Anfang des Jahres nicht mehr in Unternehmen, die „geächtete Waffen" produzieren. Unterstützt wird die Gesellschaft von der Rating-Agentur Oekom Research, die aus dem Investmentuniversum alle jene Unternehmen herausfiltert, die in dieser Hinsicht eine „schwarze Weste" haben. *-afe-*

Stromsparen mittels App

Die WWF Climate Group, eine Plattform von acht großen heimischen Unternehmen – darunter auch Erste Bank und Sparkassen –, veranstaltete im Februar Österreichs größte Stromsparinitiative.

Unter dem Motto „Schick deinen Stromfresser in die Energiespar-Ferien" boten die Unternehmen während der Semesterferien vergünstigte Angebote und einfach umsetzbare Stromspartipps. Die Kampagne soll Haushalten helfen, Energie und damit Geld zu sparen.

Die wesentlichen Einsparungspotentiale:

- 5,2 Prozent der Stromkosten können gespart werden, indem man vermeidet, Geräte auf Standby zu schalten und sie stattdessen ganz abschaltet. Etwa mittels Steckdosenleiste.
- 4,3 Prozent kann man dadurch sparen, dass man LED-Lampen statt herkömmlicher Glühbirnen verwendet.
- Und um gar 12 Prozent kann man den Stromverbrauch durch die Verwendung energieeffizienter Haushaltsgeräte reduzieren.

Erste Bank und Sparkassen unterstützten für die Energieferien-Kampagne die Entwicklung einer speziellen Ratgeber-App für Smartphones. Diese informiert über die sparsamsten auf dem österreichischen Markt verfügbaren Elektro- und Haushaltsgeräte.

„Ob ein Gerät energieeffizient ist, war bisher nicht leicht herauszufinden", sagt Erste-Vorstandsmitglied Peter Bosek. „Mit der App weiß man in ein paar Sekunden, ob das gewünschte Gerät ein Stromfresser ist." Die App kann unter www.energieferien.at heruntergeladen werden. *-hre-*

AUSBLICK

Christine Domforth

Die Banken haben Schuld

Auch ohne Bankenhilfe wäre das Budget nicht im Lot.

Die Banken haben die Finanzkrise verursacht. Und weil der Staat sie durch milliardenschwere Stützungen vor dem Untergang bewahren musste, ist das Defizit ausgeufert, der Staatshaushalt muss deshalb saniert werden – und die Bürger werden dafür zur Kasse gebeten.

So weit, so polemisch. Neben den landauf, landab verteufelten Rating-Agenturen eignen sich Banken in Zeiten der Schuldenkrise offenbar besonders gut als Prügelknaben.

Ein Prozent der Staatsschulden

Die harten Fakten sprechen freilich eine andere Sprache: Im Euroraum sind netto 100 Mrd. Euro oder etwas mehr als ein Prozent der insgesamt rund 8.000 Mrd. Euro Staatsschulden direkt auf die Bankenrettung zurückzuführen. Das zeigt eine Studie der Bank Austria, die auf Eurostat-Daten beruht. Frankreich, Spanien und Dänemark konnten laut Berechnungen des EU-Statistikamts aus ihren Bankenpaketen in den Jahren zwischen 2007 und 2010 sogar mehr lukrieren, als sie dafür ausgegeben haben. Für Österreich bezifferte Eurostat zuletzt die Kosten der heimischen Bankenhilfe mit 1,4 Mrd. Euro. Laut Finanzministerium, das eine andere Berechnungsart anwendet, lag der Negativsaldo des Bankenpakets Ende September 2011 bei rund 250 Mio. Euro. Der Bund hat den Banken mit Kapitalspritzen und Haftungen geholfen, die dafür nötigen Mittel musste er sich auf dem internationalen Kapitalmarkt besorgen. Im Gegenzug lukriert er Dividenden für das zur Verfügung gestellte PS-Kapital und Haftungsentgelte.

Schuldenberg weiter gewachsen

Der Schuldenstand Österreichs ist laut Eurostat durch das Bankenpaket um rund 7,5 Mrd. Euro gestiegen. Zahlen die Banken das aufgenommene PS-Kapital zurück, sinkt dieser Betrag natürlich wieder. Die Gesamtverschuldung Österreichs ist aber allein zwischen 2008 und 2010 um sage und schreibe 40 Mrd. Euro explodiert. Ende 2007 – als die (Finanz-)Welt noch heil war – machte sie rund 165 Mrd. Euro oder 60,7 Prozent der Wirtschaftsleistung aus, Ende 2010 waren es bereits 205 Mrd. oder 72,2 Prozent.

Nach oben getrieben haben den Schuldenstand neben der Steuerentlastung 2009 vor allem die „üblichen Verdächtigen" wie Bundesbahn, Landwirtschaft, Förderungen usw. Im Pflege-, Pensions- und Familienbereich wurden die Leistungen seit 2007 sogar noch ausgeweitet, die längst überfälligen Reformen in der Verwaltung sowie im Gesundheitswesen hingegen nicht angegangen. Im Vorjahr konnte der Fiskus dank guter Konjunktur üppige Steuereinnahmen kassieren. Doch weil Budgetpolitik in Österreich seit Jahren offenbar darin besteht, mehr auszugeben, als man einnimmt, gab es auch 2011 wieder ein Budgetdefizit, und zwar in Höhe von 3,3 Prozent. Der Schuldenberg ist weiter angewachsen auf aktuell 218 Mrd. Euro, was die 7,5 Mrd. für die Banken doch einigermaßen relativiert.

Ob die Bankenrettung tatsächlich – wie von Ex-Finanzminister Pröll seinerzeit behauptet – am Ende ein gutes Geschäft für den Steuerzahler wird, ist noch keineswegs sicher. Immerhin kämpfen mit Hypo Alpe Adria, Kommunalkredit und Volksbanken AG gleich drei der „Empfängerinstitute" derzeit mit gravierenden Problemen. Zu behaupten, dass ohne die Bankenhilfe der Staatshaushalt im Lot wäre und Österreich sich die schmerzhafte Sanierung ersparen könnte, ist aber falsch und lenkt bloß von den wahren Gründen der Budgetmisere ab.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Tourismus und Technik stützen Leistungsbilanz

Österreichs Wirtschaft erzielte in den ersten drei Quartalen 2011 ein Leistungsbilanzplus von 4,5 Mrd. Euro, das fast ausschließlich in der konjunkturell günstigen ersten Jahreshälfte erwirtschaftet wurde. Im Umfeld der beginnenden Konjunkturabkühlung ergab sich im dritten Quartal 2011 ein ausgeglichener Saldo.

© Gasteinertal Tourismus

Der Wintertourismus 2011 erzielte das bisher viertbeste Ergebnis.

Maßgeblichen Anteil am Leistungsbilanzüberschuss hatte der Reiseverkehr mit der viertbesten bisher registrierten Wintersaison 2011 sowie einem sehr guten Sommerergebnis. Sehr gefragt waren auch Österreichs technische Dienstleistungen im Ausland. Der Kapitalverkehr mit dem Ausland war durch den Rückzug aus internationalen langfristigen Rentenpapieren sowie durch nachlassendes Interesse an Investmentzertifikaten geprägt.

Österreichs Güterverkehr mit dem Ausland verlief in den ersten drei Quartalen 2011 wesentlich dynamischer als in den beiden Jahren zuvor: Mit 93 Mrd. Euro lagen die Ausfuhren um 14 Prozent über dem Vergleichswert 2010 und 30 Prozent über jenem des Krisenjahres 2009. Noch deutlicher stiegen die Gütereinfuhren (+16 Prozent) und erreichten mit mehr als 97 Mrd. Euro einen neuen Rekordwert. Mit der Konjunkturabkühlung trüben sich die Aussichten der heimischen Exporteure jedoch deutlich ein.

Der Reiseverkehr steuerte in den ersten drei Quartalen 2011 mit +5,4 Mrd. Euro etwa die Hälfte zum Überschuss der Dienstleistungsbilanz bei. Der Wintertourismus 2011 erzielte mit rund 62 Mio. Nächtigungen das bislang viertbeste Ergebnis.

> „Dynamische Nachfrage nach technischer Dienstleistung“

Zudem verlief auch die Sommersaison 2011 mit 64 Mio. Nächtigungen erfolgreich. Gleichzeitig werden Österreichs unternehmensbezogene Dienstleistungen im Ausland ein zunehmend wichtiger Faktor für das Leistungsbilanzergebnis: In den ersten drei Quartalen 2011 wiesen sie bereits einen Überschuss von rund 5 Mrd. Euro auf. Insbesondere technische Dienstleistungen wie jene heimischer Architekten oder Ingenieure erfreuen sich im Ausland steigender Nachfrage.

Rückzug aus Wertpapieren

Österreichs Kapitalveranlagungen im Ausland waren von einem spürbaren Rückzug aus Wertpapieren und dem gleichzeitigen Aufbau von Kredit- und Einlagenforderungen gekennzeichnet. Insgesamt zogen heimische Wertpapierinvestoren per saldo 4,2 Mrd. Euro aus dem Ausland ab, nachdem sie im Vergleichszeitraum 2010 noch 6,3 Mrd. Euro investiert hatten.

Das seit einigen Jahren nachlassende Interesse privater Haushalte an Investmentzertifikaten spiegelte sich auch in den ersten drei Quartalen 2011 wider: Insgesamt stießen österreichische Investoren – vor allem Investmentfonds – ausländische Investmentzertifikate im Gegenwert von mehr als 1 Mrd. Euro ab. Weiters wurden langfristige verzinsliche Wertpapiere per saldo um fast 5 Mrd. Euro verkauft.

Österreichische Schuldner haben sich entsprechend den internationalen Anlegerpräferenzen, die infolge des niedrigen Zinsniveaus durch möglichst hohe Flexibilität und kurze Bindungsfristen geprägt sind, überwiegend kurzfristig finanziert. *-red-*

Leistbares Wohnen in Gefahr

Die s Wohnbaubank befürchtet bei Kappung von Wohnbauförderungen nachhaltige Probleme für Österreich.

Die aktuellen Diskussionen über die Kürzungen bei der Wohnbauförderung lassen Experten hellhörig werden. Einerseits wegen der wachsenden Bevölkerung in Österreich und andererseits im Hinblick auf steigende Mieten und Wohnungspreise. Derzeit wird die notwendige Wohnbauleistung in Österreich von Experten auf rund 45.000 Wohneinheiten pro Jahr geschätzt, sollen alle Bedürfnisse gedeckt werden. Der Finanzierungsbedarf dafür beträgt etwa 9 Mrd. Euro. Wird diese Summe – wie zuletzt kolportiert – um 1 Mrd. Euro reduziert, fehlen Eigenmittel für zehn- bis elftausend Wohnungen. Das Resultat wäre eine akute Wohnungsnot. „So wird sich Österreich sein Rating jedenfalls nicht verbessern können“, gibt der Vorstand der s Wohnbaubank und der s Bausparkasse, Josef Schmidinger, zu bedenken.

Josef Schmidinger: „Das System der Wohnbauförderung funktioniert sehr gut.“

Finanzierungsnot

„Wenn in Zukunft mehr Eigenmittel zur Finanzierung der eigenen vier Wände notwendig sein werden, wird es für einen großen Teil der Nachfrager schwierig, neue und vor allem leistbare Wohnungen zu beziehen“, warnt Schmidinger. Außerdem gebe es keinen Grund, vom derzeitigen System abzugehen, da die Wohnbauförderung in Österreich sehr gut funktioniere. „Die Wohnbaubanken haben noch keinen einzigen Euro abschreiben müssen“, zog Co-Vorstand Ernst Karner positive Bilanz.

Für 2011 verwies er auf ein stabiles Ergebnis. Statt der geplanten 250 Mio. Euro emittierte die s Wohnbaubank zwar nur 134,4 Mio. Euro, erzielte aber in Anbetracht des verhaltenen Geschäftsvolumens im zweiten Halbjahr ein respektables Ergebnis. Ende 2011 befanden sich damit nahezu 2 Mrd. Euro an Wohnbauanleihen der s Wohnbaubank im Umlauf, das Vorjahresniveau konnte somit gehalten werden (+1,5 Prozent). Karner: „Wohnbauanleihen sind trotz der Unsicherheiten im Kapitalmarkt eine stabile und ertragreiche Veranlagungsform. Wie der Bausparvertrag gehören sie mittlerweile zur Basisveranlagung.“ Im heurigen Jahr sollen 150 Mio. Euro an Wohnbauanleihen auf dem Markt platziert werden. *-afe-*

Private drücken leicht auf Kreditbremse

Einermaßen konstante Sparquote, deutliche Zurückhaltung bei der privaten Kreditaufnahme und beachtliches Vertrauen in die Stärke der heimischen Wirtschaft auch in Zeiten der Konjunkturflaute – das sind die wichtigsten Ergebnisse einer brandaktuellen Spar- und Kreditprognose.

Was machen die Österreicher mit ihrem Geld in den nächsten zwölf Monaten? Im Quartalsvergleich wird etwas weniger gespart, und auch die Höhe der geplanten Kreditsumme ist rückläufig. Aktuell planen die Österreicher 5.460 Euro (-4,5 Prozent) zu sparen. Ein Drittel beabsichtigt auch 2012, größere Anschaffungen zu tätigen. Rund 15 Prozent davon wollen diese mittels Kredit finanzieren, durchschnittlich werden dafür 68.800 Euro (-16 Prozent) veranschlagt. Im Falle einer neuerlichen Wirtschaftskrise sieht jeder zweite Österreicher das Land gut gerüstet. Das ergab die im vierten Quartal 2011 durchgeführte Integral-Umfrage im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen. Die Österreicher sind optimistisch, was das Rüstzeug des Landes für eine neuerliche Wirtschaftskrise betrifft. Jeder zweite glaubt, dass wir hierzulande für wirtschaftlich magere Zeiten gut aufgestellt sind. Nur ein Drittel sieht Österreich dafür eher nicht gut gerüstet. Zwei Drittel der Österreicher werden ihr Geld in den nächsten zwölf Monaten aufs Sparbuch legen, Bausparen ist bei 60 Prozent die bevorzugte Anlageform, die Lebensversicherung kommt mit 44 Prozent auf ihr All-Time-High. Mit 19 Prozent ist ein noch deutlicherer Anstieg bei Immobilien zu verzeichnen (+5 Prozent zum Vorquartal), im gleichen Ausmaß hat auch die Beliebtheit von Gold zugelegt und liegt jetzt bei 16 Prozent.

Die Leitzinsen werden aller Voraussicht bis Ende Juni 2012 auf 0,5 Prozent sinken. Ein Trost für Sparer: „Zu den niedrigen Zinsen gesellt sich auch eine niedrigere Inflationsrate“, so Erste-Vorstand Peter Bosek. Die vielzitierte Eurokrise hat im vergangenen Jahr am Sparverhalten der Österreicher nur wenig geändert: Die Sparquote von aktuell 7,3 Prozent ist etwa gleich jener desselben Zeitraums ein Jahr davor (7,4 Prozent). *-red-*

„Wettbewerbsnachteil für Europäer unbedingt vermeiden“

In einem Gespräch mit dem EU-Abgeordneten Othmar Karas über die Finanzmarktagenda der EU bezieht dieser klar Position: Die Vielfalt der Bankenlandschaft trage wesentlich zur Finanzmarktstabilität bei. Bei der Umsetzung von Basel III müssen die europäischen Strukturen berücksichtigen berücksichtigt werden.

Sparkassenzeitung: Vorweg Gratulation zu Ihrer Wahl zum Vizepräsidenten des EU-Parlaments. Ein Novum für Österreich.
Karas: Danke! Es ist in der Tat das erste Mal, dass ein Österreicher in diese Funktion des Europäischen Parlaments gewählt worden ist. Damit ist nach langen Jahren wieder ein Vertreter eines kleineren EU-Mitgliedsstaats in das höchste Gremium der EU-Bürgerkammer gewählt worden. Das ist für mich Bestätigung dafür, was man mit intensiver Arbeit, Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Einsatz erreichen kann. Es ist vor allem auch ein klarer Auftrag, in Zukunft noch intensiver für mehr Parlamentarismus und Bürgerbeteiligung in der EU zu kämpfen.
Für mich gilt auch jetzt: Funktionen sind kein Selbstzweck, sondern geliehene Instrumente der Demokratie. Mit großer Motivation und neuer Kraft freue ich mich auf die kommenden Herausforderungen.

Othmar Karas: „Das Vorpreschen der österreichischen Aufsicht in Sachen CEE-Töchter war kontraproduktiv.“

Die Subprime-Malaise und nun die Schuldenkrise bestimmen seit 2007 die finanzpolitische EU-Agenda. Was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Antworten der EU zur Stabilisierung der Finanzmärkte und Staatshaushalte?
Wir haben eine europäische Aufsichtsstruktur geschaffen, alternative Investment Fonds reguliert, das Europäische Statistikamt EUROSTAT gestärkt und uns über neue Regeln in der Unternehmensführung von Finanzinstituten geeinigt. Im Moment liegen neue Eigenkapitalregeln für Banken und eine Verordnung für mehr Transparenz bei Ratingagenturen auf dem Tisch.

> „Sanktionen gegen die Schuldensünder sind geklärt.“

Ein ganz wichtiger Schritt war auch, dass wir das Grundübel der Krise in Angriff genommen und die Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung beschlossen haben. Bisher hatte ja niemand in der EU die Macht, Maßnahmen gegen einzelne Länder zu sanktionieren, wenn sie sich übermäßig verschulden. Wir haben die Frage des Sanktionsmechanismus gegen Schuldensünder sowohl im präventiven als auch im kontrollierenden Bereich geklärt. Es wird einen Automatismus geben. Bisher konnten die Mitgliedstaaten eine Reformempfehlung der Kommission einfach ablehnen, jetzt kann die Kommission darauf beharren und dann wird das Präventiv- und Kontrollverfahren automatisch eingeleitet, es sei denn die einfache Mehrheit der Mitgliedsstaaten lehnt dies innerhalb von zehn Tagen ab.

Stichwort Basel III. Sie sind der Chefverhandler des EU-Parlaments zur Umsetzung des Basel-III-Übereinkommens in europäisches Recht. Einer Studie von Standard & Poor's zufolge werden sich die Ausgaben der Unternehmen für die Kreditaufnahme in Europa um 30 bis 50 Mrd. Euro jährlich erhöhen. In den USA „nur“ um 9 bis 14 Mrd. Dollar. Schafft sich die EU nicht selbst einen enormen Wettbewerbsnachteil?
Ich bin mir der laxen Umsetzung von Basel II und III in den USA bewusst. Ich habe deshalb die Kommission aufgefordert zu analysieren, welche Teile der CRD IV nicht umgesetzt werden können, solange in den USA nicht umgesetzt wird. Sonst entsteht der europäischen Wirtschaft und dem europäischen Bankensystem ein Wettbewerbsnachteil. Das muss bis März dieses Jahres geschehen. Ich wehre mich aber dagegen zu sagen: Wir setzen nicht um, solange die USA nicht umsetzen. Das führt nur zu oberflächlichen Diskussionen statt zu inhaltlichen Auseinandersetzungen. Europa war immer Vorreiter und ist die treibende Kraft bei der Verwirklichung der G-20-Beschlüsse zur Finanzmarktregulierung. Das soll auch so bleiben. Die G20-Beschlüsse sind der richtige Weg zu einem stabilen, sicheren und soliden Finanzsystem. Wir adaptieren die neuen Vorschriften für die Vielfalt der Geschäftsmodelle und die besondere Struktur der europäischen Märkte.

Die Vielfalt der europäischen Bankenlandschaft wirkt sich positiv auf die Stabilität der Finanzmärkte aus. Wie gewährleisten Sie, dass diese Vielfalt der Modelle, etwa die Kooperationssysteme der dezentralen Sektoren, durch die Umsetzung von Basel III nicht nachhaltig gestört wird?
Die Kommission hat schon in ihrem Vorschlag zur CRD IV eine meiner wichtigsten Forderungen aufgenommen. In der Kernkapi-taldefinition wird der Ansatz Sub-stance over form angewendet. Damit werden alle Kapitalinstrumente, die den festgelegten 14 Kriterien entsprechen, bei Nichtaktiengesellschaften akzeptiert. Ich verhandle gerade über die konsequente Weiterführung dieses Prinzips: Es darf keinen Unterschied machen, ob Haftung auf Kapitalbeteiligung oder vertraglichen Regelungen basiert. Außerdem werden Beteiligungen am Zentralinstitut nicht vom Eigenkapital abgezogen werden müssen. Bezüglich neuer Regelungsgrößen wie Höchstverschuldungsquote, Mindestliquiditätsquote und struktureller Liqiditätsquote wird es erst Beobachtungsphasen geben, bei denen die Spezifika der einzelnen Bankentypen berücksichtigt werden. Ich habe auch vorgeschlagen, die Risikogewichtung für KMU-Kredite um 30 Prozent zu senken. Damit wird die Kreditvergabe an KMU für Banken günstiger.

> „Mein Vorschlag: Risikogewichtung für KMU-Kredite um 30 Prozent senken.“

Davon profitieren auch die Banken, weil wir sie fit für neue Herausforderungen machen. Dadurch, dass wir nationale Spielräume so weit wie möglich einschränken, werden sie europaweit einheitliche Produkte anbieten können, ohne dabei durch Unterschiede in der nationalen Bankenaufsicht behindert zu sein.

Wie bewerten Sie das Vorpreschen der österreichischen Aufseher, die CEE-Töchter der heimischen Banken mit schärferen Vorschriften für Eigenkapital und Kreditvergabe zu belasten und die volle Anwendung von Basel III von 2019 auf 2013 vorzuziehen?
Dieses Vorgehen ist absolut kontraproduktiv und stößt in Brüssel auf völlige Verständnislosigkeit! Österreich ist mit diesem Vorgehen ja nicht allein, auch andere Mitgliedsstaaten wollen Basel III früher umsetzen. Wir brauchen europaweit einheitliche Regeln und einheitliche Übergangszeiträume, damit es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Mit dem zwischenstaatlichen Vertrag zum „Fiskalpakt“ verlassen die Staats- und Regierungschefs die Ebene der supranationalen Gemeinschaftsmethode. Ist das ein Symbol für die Schwächung der Gemeinschaftsorgane, z. B. des EU-Parlaments, oder führen die im Pakt vorgesehen Maßnahmen und Kompetenzen für die Kommission letztendlich doch zu einer politischen Union?
Ein Vertrag zwischen 26 Ländern ist natürlich nie die beste Lösung, weil Europa gemeinsam voranschreiten muss. Ich glaube aber, dass der Entschluss, einen intergouvernmentalen Vertrag zu schließen sogar die Stärke der Europäischen Union bewiesen hat. Wir haben uns nicht von einem einzigen Mitgliedsstaat erpressen lassen, sondern gehen den Weg Richtung politische Union konsequent weiter! Das Europäische Parlament war in die Verhandlungen miteinbezogen und konnte sich in wesentlichen Punkten durchsetzen. So wird das Abkommen ausschließlich durch Gemeinschaftsrecht umzusetzen sein. Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich weiters, diesen Vertrag in fünf Jahren in bestehendes Gemeinschaftsrecht zu überführen. Damit wird es keine Parallelstrukturen geben.

Das Interview führte
Roland L. Tassler

„Zuversicht muss breitbandiger Angst weichen“

Man stelle sich vor: Es ist Finanzkrise, und keiner geht hin. So blödelte vor kurzem ein Kolumnist über die globale Erschütterung der Finanzmärkte. Viele aktuelle Umfragen beweisen, dass in Österreich noch immer der Optimismus überwiegt. Das soll sich bald ändern. Achterbahn sprach zur Problematik der scheinbar unausrottbaren Zuversicht mit dem Leiter des Instituts für globale Fehlentwicklungen und Breitbandängste, Oberkrisenrat Prof. Grausbert Ängstler, Träger des Verdienstordens der Liga für den Weltuntergang und korrespondierendes Mitglied der Academie Malaise.

Achterbahn: Mehr als 60 Prozent der Österreicher sind der Meinung, dass die österreichische Wirtschaft gut aufgestellt ist und die gegenwärtige Finanzkrise ganz gut überwinden wird. Ist das nicht ein Indiz dafür, dass wir bald wieder auf den Wachstumspfad einschwenken können?
Ängstler: Für mich ist das ein Alarmzeichen. Eine Gesellschaft versucht den Kopf in den Sand zu stecken. Es geht doch längst nicht mehr um die Finanzkrise allein. Diese ist doch nur der in Zahlen gegossene nahende Untergang diverser Systeme rund um den Erdball. Ein typischer Endzeit-Optimismus, der sich da unter den naiven Massen breitmacht.

Aber in der Realwirtschaft sieht die Welt noch ganz manierlich aus: Die Auftragsbücher sind – vor allem in der Exportindustrie – voll, der Tourismus boomt, und die Börsen beginnen sich wieder zu erholen. Ist das psychologisch nicht sehr wichtig?
Im Gegenteil: Dieses Aufbäumen gegen die globalen Realitäten führt in die Katastrophe. Es muss uns daher gelingen, vor allem den in Österreich einst identitätsstiftenden Pessimismus wieder zu mobilisieren. Dieses Land hat eine mentale und intellektuelle Weltuntergangstradition, um die wir seit Jahrhunderten international beneidet werden. Diese gilt es zu reaktivieren.

Jedenfalls ist die Ausgangslage doch deutlich besser als in anderen Ländern. Stärkeres Wachstum, geringere Arbeitslosigkeit …
Das ist doch nur statistisches Opium für das Volk. Zusammen mit den NGOs, der sehr umtriebigen A.R.-Wutbürgerschaft und mit redlicher Unterstützung der deutschsprachigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weist doch mein Institut praktisch täglich nach, dass wir auf den Untergang zusteuern. Einiges ist ja schon gelungen. Die Banken werden nur von der Gier dominiert, das setzt sich fort.

Worin sehen Sie die Hauptaufgabe Ihrer wissenschaftlichen Einrichtung?
Wir müssen diese bereits zitierte Zuversicht in Sachen Zukunft scheibchenweise beseitigen. Das geht nicht mit einem großen Schnitt. Da ist argumentative Kleinarbeit gefragt: Die Meere sind überfischt, dem Waldviertel droht die Entvölkerung, in der Regierung gibt es keine Eliten mehr, die Polarkappen schmelzen ab, die Einkaufszentren am Stadtrand vernichten die Handelsstruktur in den Innenstädten, der vergangene November war viel zu warm, der Februar ist jetzt viel zu kalt, die Zahl der neu zugelassenen SUVs steigt rapid an, und die Abholzung der Amazonas-Wälder konnte nicht gestoppt werden. Griechenland ist seit Monaten pleite, und der deutsche Bundespräsident kann sich kaum noch erinnern, wer ihn wohin eingeladen hat. 20 Prozent der Pflichtschulabgänger sind eigentlich Analphabeten, und die Universitäten sind hoffnungslos überfüllt. Global gelingt der Ausstieg aus der Kernenergie nicht, und auf der Parndorfer Platte ist zu wenig Wind für den dort aufgestellten Windpark. Wohin man blickt: Es droht die Apokalypse. Das müssen wir zu Paketen schnüren und zu Angstszenarien verdichten!

Wie wollen Sie diese Krisen aufhalten?
Überhaupt nicht. Unser wissenschaftlicher Auftrag lautet ja nicht, die Probleme dieser Welt zu bewältigen, sondern die Optimisten dieser Welt auf diese Probleme einzustimmen. Wir haben zu wenige österreichische Kinder und zu junge Pensionisten. Das sind die Tatsachen: Das Ziel meines Instituts ist es daher, die Angst vor der Überfremdung der jungen Generation und die Sorge um das Funktionieren des Umverteilungsvertrages für die Alten zu schüren. Wir brauchen also auch in diesem Segment ein breitbandiges Furchtszenario, gleichsam zwischen Minarett und Kukident.
-üh-

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl; Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nina Hoppe, Mag. Michael Mauritz
Design: GerersdorferDesign, Mag. Dina Gerersdorfer; Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Diese Ausgabe wurde am 5.2.2012 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier

Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Paradigmenwechsel im Speisewagen

Das man das noch erleben darf! Kein schwacher Kaffee zum starken Preis mehr, keine kalten Würsteln mit warmem Bier und kein Achselzucken des Obers als Ausdruck geschlossener Küche rund 70 Kilometer vor dem Zielbahnhof. Attila Dogudan übernimmt mit seiner bestens bewährten Truppe das Catering in den ÖBB-Zügen.

Na also, der Wettbewerb funktioniert ja doch. Der neue Anbieter „Westbahn“ hat wohl mit dazu beigetragen, dass die Österreichischen Bundesbahnen nunmehr auch im Speisewagen in den Bedarfsstrukturen ihrer Kunden ankommen wollen.

Jahrzehntelang waren die Beschwerden über das Angebot, die Preisgestaltung, vor allem aber über die mangelhafte Dienstleistungsgesinnung des servierenden Personals Fixbestandteil der Leserbriefspalten und der kritischen Kolumnen zum Alltagsgeschehen in den Tageszeitungen. Viele bisherige Caterer und Speisewagenbetreiber waren nämlich bestrebt, die Theorie der Standortrendite aus der Englischen Nationalökonomie des 18. Jahrhunderts im zeitgenössischen Bahnalltag mit praktischem Leben zu erfüllen. Doch das soll vorbei sein.

Qualität zu vernünftigen Preisen bei Speisen und Getränken haben Dogudan und das ÖBB-Management den Reisenden versprochen. Endlich entsinnt sich das Tourismusland Österreich der Tatsache, dass sich nicht alle Gäste entlang der Autobahn kulinarisch gut versorgen können. Für den inländischen Bahngast wird dieser Paradigmenwechsel – so er denn auf dem Teller und im Glas sichtbar werden wird – möglicherweise auch eine Entscheidungshilfe im Modal Split zwischen den Verkehrsmitteln werden.

Das könnte ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu jener Dienstleistungsgesellschaft sein, in der wir angeblich seit Jahren schon leben ...
-üh-

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ § 25:

Herausgeber:
Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien
Präsident:
Dr. Christian Aichinger
Generalsekretär:
Mag. Michael Ikrath

Medieninhaber und Verleger:
Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH, Löwelstraße 6 / 2. Stock, 1010 Wien
Geschäftsführung:
Mag. Michael Zimper

Unternehmensgegenstand:
Herstellung, Verlag und Vertrieb von Druckschriften aller Art, insbesondere Fachzeitschriften, Handel mit Waren aller Art sowie Organisation von Veranstaltungen.

Gesellschafter:
- Verlassenschaft nach Prof. Walter Zimper, geb. 29.04.1942 BG Wr. Neustadt, GZ 15 A 16/08z (65 %)
- P & V Holding Aktiengesellschaft (35 %)

Erklärung über die grundlegende Richtung gem. § 25 (4) MedienG:
Das offizielle Fach- und Bekanntmachungsblatt der Sparkassengruppe mit Wirtschaftsinformationen sowie Fachbeiträgen und Mitteilungen der österreichischen Sparkassen